



Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen  
beim Bund und für Europa

# **EU-INFORMATIONEN**

**Aktuelles aus Brüssel und Bremen**

**Ausgabe 5**

**September 2006**

**[www.europa-bremen.de](http://www.europa-bremen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

<b>Ratspräsidentschaften</b> .....	<b>3</b>
<b>Finnische Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2006</b> .....	<b>3</b>
<b>Veranstaltungen während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007</b> .....	<b>4</b>
<b>Justiz und Inneres, Medien</b> .....	<b>4</b>
<b>Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der EU besser realisieren</b> .....	<b>4</b>
<b>Reform der Telekommunikationsvorschriften auf EU-Ebene</b> .....	<b>5</b>
<b>Gesundheit, Verbraucherschutz, Umwelt</b> .....	<b>6</b>
<b>Zukünftiger Rahmen für die gesundheitliche Versorgung in der EU</b> .....	<b>6</b>
<b>Grünbuch Psychische Gesundheit: Beratung im Europäischen Parlament</b> ....	<b>7</b>
<b>Verbraucherschutz bei Kosmetika</b> .....	<b>8</b>
<b>Die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei neuen PKW sind weiter gesunken</b> .....	<b>9</b>
<b>Kampagne zum Klimaschutz</b> .....	<b>10</b>
<b>Bildung und Jugend</b> .....	<b>10</b>
<b>Der Europäische Qualifikationsrahmen</b> .....	<b>10</b>
<b>Jugend-Kreativ-Wettbewerb</b> .....	<b>11</b>
<b>Arbeit und Soziales</b> .....	<b>12</b>
<b>Beratung des EU-Aktionsprogramms DAPHNE III 2007 – 2013 im EP</b> .....	<b>12</b>
<b>Dienstleistungsrichtlinie</b> .....	<b>13</b>
<b>Institutionen</b> .....	<b>14</b>
<b>65. Plenartagung des Ausschusses der Regionen</b> .....	<b>14</b>
<b>OPEN DAYS 2006</b> .....	<b>15</b>
<b>Der Europäische Bürgerbeauftragte - wie kann er helfen?</b> .....	<b>16</b>
<b>Neuer Internetauftritt der Europäischen Institutionen</b> .....	<b>17</b>
<b>Bremen und Europa</b> .....	<b>19</b>
<b>Das „Model European Parliament“</b> .....	<b>19</b>
<b>Redaktion</b> .....	<b>21</b>
<b>Europaabteilung</b> .....	<b>21</b>

## Ratspräsidentschaften

### Finnische Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2006

Am 29. Juni 2006 präsentierte der finnische Außenminister Erkki Tuomioja im Brüsseler Ratsgebäude das Programm der am 01. Juli 2006 begonnenen halbjährigen finnischen Ratspräsidentschaft.

Im Vergleich mit der ersten Präsidentschaft Finnlands vor sieben Jahren sei die EU nach der Erweiterung heute ein „global player“ und die anstehende Präsidentschaft Finnlands deshalb auch schwieriger als die vorausgegangene.

Finnland wolle zum Verfassungsprozess Konsultationen mit den Mitgliedstaaten durchführen, damit man im Jahr 2008 einen neuen Vertrag haben könne, dessen Inhalt soweit wie möglich der Vorgabe des Verfassungsentwurfs folge.

Den Lissabon-Prozess wolle man zu einem Erfolg führen und dabei die Erfahrungen Finnlands einbringen. In den anderen Mitgliedstaaten gebe es ein starkes Interesse an dem hohen Grad von sozialer Sicherheit in Finnland, verbunden mit einer positiven Wirtschaftsentwicklung. Weitere Themen auf der Agenda seien mehr Transparenz als Folge der Beschlüsse des letzten Europäischen Rats, die Richtlinie zu den sozialen Dienstleistungen, Flexicurity (Ausgleich zwischen Flexibilisierung und Sicherheit des Arbeitslebens) ohne Gefährdung der sozialen Sicherheit, die Beziehungen zu Russland und eine Rahmenvereinbarung zur nördlichen Dimension. Auch Energiefragen seien für die finnische Ratspräsidentschaft von Bedeutung. Sie würden einen wichtigen Teil der Verhandlungen mit Russland ausmachen. Mit Russland bestehe eine gegenseitige Abhängigkeit und nicht eine durch Rohstoffbedarf gekennzeichnete einseitige Abhängigkeit.

Wichtig seien auch die gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik und die Fortführung der Erweiterungsverhandlungen. Die Präsidentschaft werde sich mit dem erwarteten Bericht der Europäischen Kommission zur „Aufnahmefähigkeit“ der EU befassen, dabei aber keine falschen Signale aussenden. Auch der westliche Balkan sei ein wichtiger Punkt auf der Agenda.

Auf Fragen von Journalisten antwortete Tuomioja, dass es an Bulgarien und Rumänien selbst liege, ob sie der EU bereits 2007 oder erst 2008 beitreten; er rechne damit, dass es noch 2007 der Fall sein werde. Im Innen- und Justizbereich werde man prüfen, ob man die Passerelle-Klausel einsetzen könne, um den gestiegenen Sicherheitserwartungen der Menschen gerecht werden zu können. Es gebe Defizite in der Beurteilung der EU durch die Bürgerinnen und Bürger. Diese erachteten Stabilität und wirtschaftliche Prosperität als selbstverständlich. Finnland wolle, dass die Subsidiarität ernster genommen werde. Es unterstütze die Initiative für eine bessere Gesetzgebung, die auch ein Weniger an Gesetzgebung zur Folge haben könne.

Die Website der finnischen Ratspräsidentschaft ist unter [www.eu2006.fi](http://www.eu2006.fi) zu finden.

## Veranstaltungen während der deutschen Ratspräsidentschaft 2007

Am 01. Januar 2007 wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft von Finnland übernehmen. Die Freie Hansestadt Bremen wird die deutsche Ratspräsidentschaft u. a. auch zu einer verstärkten Standortwerbung nutzen.

In diesem Rahmen sind für Brüssel folgende Veranstaltungen geplant:

- Präsentation „e-Bremen: Innovationen für eine bürgernahe Verwaltung in Europa“. Vorstellung in HB entwickelter Lösungen zur Modernisierung öffentlicher Dienstleistungen, am 07. Februar 2007.
- Präsentation „Dreieck der Innovation - Public Private Partnership – Künstliche Intelligenz in Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft“. Gemeinschaftsveranstaltung der Länder SL, HB und RP als Laborstandorte des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI). Darstellung ausgewählter Forschungsergebnisse unter Einbeziehung modernster Robotik-Anwendungen am 28. Februar 2007.
- Konferenz „Meer und Wirtschaft – Maritime Konzepte aus dem Norden Deutschlands für Europa“. Gemeinschaftsveranstaltung der norddeutschen Länder HB, HH, MV, NI, SH zu den Themen des Grünbuchs zur EU-Meerespolitik am 07. März 2007.
- Präsentation „Raumfahrt, GMES und Sicherheit – Best practice in Bremen“. Darstellung der politisch-strategischen Ausrichtung von HB in den Bereichen Raumfahrt, GMES und Sicherheitsforschung. Dabei Fokussierung auf die raumfahrt- und sicherheitsforschungsrelevanten Themen des 7. Forschungsrahmenprogramms am 21. März 2007.

Darüber hinaus wird die Freie Hansestadt Bremen auch zum Austragungsort wichtiger High-Level-Konferenzen und anderer EU-bezogener Veranstaltungen von europaweiter bzw. internationaler Ausstrahlung:

- EU-Fachministerkonferenz zu HIV/AIDS am 12./13. März 2007.
- Informelle Tagung der EU-Außenminister am 30./31. März 2007.
- Abschlusskonferenz zum Grünbuch zu einer integrierten EU-Meerespolitik am 02./03. Mai 2007.
- Reise der Umweltattachés der Ständigen Vertretungen aller EU-Mitgliedstaaten vom 13. bis 16. Mai 2007 nach Bremen und Bremerhaven.
- EU-Fachkonferenz e-Justice am 29./31. Mai 2007

## Justiz und Inneres, Medien

### Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der EU besser realisieren

Die Europäische Kommission hat sich in einem vier Einzelmitteilungen umfassenden Paket für eine bessere Realisierung des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ausgesprochen. Dabei plädiert sie angesichts der schwierigen Beschlussfassung im Ministerrat für eine Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Bereich

der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit. Sie kritisiert, dass die Rahmenbeschlüsse über die Europäische Beweisanordnung und die Verfahrensgarantien in Strafverfahren, aber auch die Kommissionsvorschläge für einen besseren Informationsaustausch bei polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit, insbesondere bei der Terrorismusbekämpfung, noch nicht verabschiedet worden sind. Unzulänglich sei auch die Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Anzustreben sei eine Vergemeinschaftung, bei der die Europäische Kommission eine wirksamere Kontrolle ausüben könne. Die Beibehaltung von Binnengrenzkontrollen soll vom EuGH überprüft werden können.

Im Einzelnen umfasst die Kommissionsinitiative die folgenden vier Mitteilungen:

- "Erster Bericht über die Umsetzung des Haager Programms und Aktionsplans" ("Fortschrittsanzeiger plus"), die eine Bestandsaufnahme aller 2005 durchgeführten Maßnahmen enthält und sich erstmals schwerpunktmäßig mit der Umsetzung in den Mitgliedstaaten befasst;
- "Evaluierung der EU-Maßnahmen im Bereich, Freiheit, Sicherheit und Recht", die in erster Linie auf einen Mechanismus zur wirksamen Bewertung der Umsetzung und Ergebnisse der Maßnahmen in diesem Bereich abzielt;
- "Umsetzung des Haager Programms: Weitere Schritte", bei der es sich um eine Folgemaßnahme im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht zur Kommissionsmitteilung "Eine bürgernahe Agenda - Konkrete Ergebnisse für Europa" vom 10. Mai 2006 (KOM (2006) 211 endg.) handelt. In dieser Mitteilung findet die Aufforderung des Europäischen Rates vom Juni 2006, „zu prüfen, wie die Beschlussfassung und die Durchführung von Maßnahmen in Bezug auf den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts auf der Grundlage der bestehenden Verträge verbessert werden könnten“, ihren Niederschlag;
- „Anpassung der die Zuständigkeit des Gerichtshofs betreffenden Bestimmungen des Titels IV im Hinblick auf die Gewährleistung eines effektiveren gerichtlichen Rechtsschutzes“.

Weitere Informationen im Internet unter:

<http://europa.eu.int/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/848&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## Reform der Telekommunikationsvorschriften auf EU-Ebene

Die Europäische Kommission hat am 25. August 2006 drei Studien veröffentlicht, die als Diskussionsgrundlage und Hintergrundinformation in die laufende Beratung über die Reform der EU-Telekommunikationsvorschriften aus dem Jahr 2002 eingehen sollen. Als wissenschaftliche Beiträge sollen sie die öffentliche Beratung über die geplante Reform unterstützen.

Die erste Studie mit dem Titel „*Bewertung des Regelungsrahmens für elektronische Kommunikation: Wachstum und Investition im e-Kommunikationssektor der EU*“ kommt zu dem Schluss, dass wirksame nationale Regelungen auf der Grundlage des EU-Telekommunikationsrechts eine wesentliche und positive Rolle als Investitionsanreiz in diesem Sektor spielen. Die zweite Studie „*Die nächsten Schritte für die Regulierung der elektronischen Kommunikation*“ legt 65 konkrete Reformvorschläge

vor. Die dritte Studie „Sachverständigenbericht betreffend die Überarbeitung der Empfehlung für Märkte, für die eine Vorabregulierung vorgesehen ist“ enthält eine Einschätzung von Wirtschaftsexperten zum Stand des Wettbewerbs bei Schmalband-, Breitband-, und Mobildiensten.

Der komplette Wortlaut der drei Studien ist abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/information\\_society/policy/ecominfo/centre/documentation/studies\\_ext\\_consult/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecominfo/centre/documentation/studies_ext_consult/index_en.htm)

## **Gesundheit, Verbraucherschutz, Umwelt**

### **Zukünftiger Rahmen für die gesundheitliche Versorgung in der EU**

Am 05. September 2006 hat die Europäische Kommission beschlossen, eine „Öffentliche Anhörung zum EU-Rahmen für die gesundheitliche Versorgung“ einzuleiten. Mit diesem Konsultationsverfahren sollen die Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit der 25 Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich und für die Erbringung grenzüberschreitender Gesundheitsdienstleistungen im EU-Binnenmarkt geklärt und vereinbart werden.

Grundsätzliche Fragen der grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen und der „Patientenmobilität“ innerhalb der EU sind in den letzten Jahren mehrfach vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) behandelt worden. Die Rechtssicherheit für Patienten, in einem anderen Mitgliedstaat medizinische Behandlungen in Anspruch nehmen zu können, sollte im Anschluss an die verschiedenen Grundsatzurteile des EuGH verbessert und die Fragen der Kostenerstattung aus den jeweiligen Gesundheitssystemen geregelt werden.

Mit diesem Ziel hatte die Europäische Kommission entsprechende Bestimmungen zu den grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen in ihren Vorschlag über eine neue „EU-Richtlinie für Dienstleistungen im Binnenmarkt“ vom Februar 2004 aufgenommen. Nach politischen Auseinandersetzungen wurde dieser Ansatz jedoch vom Europäischen Parlament und vom Rat in der 1. Lesung des Richtlinienentwurfs nicht akzeptiert; die grenzüberschreitenden gesundheitlichen Dienstleistungen wurden aus dem Anwendungsbereich der „Dienstleistungsrichtlinie“ herausgenommen. Damit ist eine Regelung dieser Grundsatzfragen auf anderem Wege erforderlich geworden.

Mit dem jetzt angekündigten Konsultationsverfahren sollen Stellungnahmen zu Fragen der Rechtssicherheit bei der grenzüberschreitenden gesundheitlichen Versorgung und einer Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitssystemen der Mitgliedstaaten eingeholt werden.

Die Anhörung soll sich u. a. auf folgende Fragen beziehen:

- Unter welchen Bedingungen müssen die Leistungen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung genehmigt und erstattet werden?
- Welche Informationen werden den Patienten über in anderen Mitgliedstaaten verfügbare Behandlungen gegeben?

- Welche Behörden sind für die Aufsicht über die grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung zuständig?
- Wer haftet für etwaige Schäden, die bei der Gesundheitsversorgung verursacht werden und wer leistet Schadensersatz?
- Welche Rechte haben die Patienten und wie können die Gesundheitssysteme durch europäische Zusammenarbeit gefördert werden?

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Anhörung wird die Europäische Kommission voraussichtlich im Jahre 2007 Vorschläge - z. B. zu freiwilligen Kooperationsabkommen der Mitgliedstaaten oder zu einer EU-Richtlinie zur Regelung von spezifischen Fragen - vorlegen.

Nähere Einzelheiten, Verfahrensabläufe und zeitliche Vorgaben der angekündigten Anhörung werden in einer Mitteilung der Europäischen Kommission veröffentlicht werden, die demnächst vorgelegt werden soll.

Aktuelle Presseerklärungen zur „öffentlichen Anhörung“ der Kommission siehe unter: <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/06/1150&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/06/319&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Allgemeine Informationen zum Thema Patientenmobilität und Entwicklungen der gesundheitlichen Versorgung sind zu finden unter:

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_overview/co\\_operation/mobility/patient\\_mobility\\_de.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_overview/co_operation/mobility/patient_mobility_de.htm)

Mehr zum Thema öffentliche Gesundheit und Mobilität auf der Website der Europäischen Kommission unter

[http://ec.europa.eu/health-eu/care\\_for\\_me/mobility\\_in\\_europe/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health-eu/care_for_me/mobility_in_europe/index_en.htm)

## **Grünbuch Psychische Gesundheit: Beratung im Europäischen Parlament**

Das 2005 von der Europäischen Kommission vorgelegte Grünbuch "Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern - Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union" bezog sich u. a. auf Diskussionen im Rahmen der Ministerkonferenz der Weltgesundheitsorganisation.

Die wachsende Dimension psychischer Gesundheitsstörungen und die gesellschaftliche Stigmatisierung der Kranken waren Anlass, dieses Thema in einem Grünbuch vorzulegen. Die Europäische Kommission verfolgt mit dem Grünbuch das Ziel, eine europaweite Strategie mit klaren Prioritäten zur Verbesserung der psychischen Gesundheit der Bevölkerungen zu entwickeln. Nach Abschluss der Konsultationen ist die Entschließung des Europäischen Parlaments ein wichtiger Beitrag zur Initiierung weiterer Handlungsschritte auf der europäischen Ebene.

In „Grünbüchern“ greift die Europäische Kommission bestimmte Politikbereiche auf, für die ein Konsultationsprozess auf der europäischen Ebene in Gang gesetzt werden soll. Grünbücher richten sich an interessierte Organisationen und Einzelpersonen, die ihre Vorschläge, Stellungnahmen und politischen Positionen in diesen Prozess einbringen können und an die Mitgliedstaaten.

Zu diesem Grünbuch von 2005 hat das Europäische Parlament jetzt einen Entschließungsantrag vorgelegt. Der Berichterstatter im Parlament, MdEP Bowis (EVP/-UK), ging in der Debatte auf das Anwachsen von psychischen Erkrankungen in der EU und die soziale Stigmatisierung der Kranken ein. Innerhalb der EU leiden z. B. 18,4 Mio. Menschen zwischen 18 und 65 Jahren an starken Depressionen. Psychische Erkrankungen von Frauen und ein allgemeiner Anstieg von psychischen Erkrankungen in den neuen EU-Mitgliedsstaaten seien festzustellen und Besorgnis erregend. Die ständig steigende Zahl von psychischen Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen erfordere mehr Aufmerksamkeit und mehr Finanzmittel für Hilfen.

Berichterstatter John Bowis unterstrich, dass eine Politik zur Verbesserung der psychischen Gesundheit einen komplexen Ansatz und eine gute Kooperation aller beteiligten Stellen erfordere. Eine breite öffentliche Debatte sei wichtig, um die nationalen Regierungen zu zwingen, in qualitativ gute und zugängliche Gesundheitsdienste zu investieren. Das EP stimmte nach der Beratung mit großer Mehrheit dem vorgelegten Bericht zu und forderte Maßnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit und zur Prävention von den Mitgliedstaaten.

Für Anfang 2007 plant die Europäische Kommission auf der Grundlage der Ergebnisse der Konsultation und des Entschließungsantrags des EP die Vorlage eines „Weißbuchs“ in dem sie eine konkrete Strategie und einen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten vorschlagen will.

Die Entschließung des Parlaments ist zu finden unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2006-0341+0+DOC+XML+V0//DE>

Das Ergebnis des Konsultationsprozesses zum Grünbuch ist zu finden unter:

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_determinants/life\\_style/mental/green\\_paper/mentalgp\\_contributions\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/mental/green_paper/mentalgp_contributions_en.htm)

## **Verbraucherschutz bei Kosmetika**

Kosmetische Produkte verschönern die Konsumenten nicht nur, sie beinhalten auch Risiken. Für Allergiker z. B. können Cremes, Make-up und Body-Lotions unerwünschte Nebenwirkungen haben. Neue, EU-weit geltende Informationsleitlinien sollen nun den Verbraucherschutz verbessern und die Kosmetikindustrie für Informationen über ihre Produkte verantwortlich machen.

Im August 2006 hat die Generaldirektion „Unternehmen und Industrie“ Leitlinien über den Informationszugang der Konsumenten bezüglich kosmetischer Produkte veröffentlicht. Mit diesen Leitlinien wird das Ergebnis einer von der Europäischen Kommission eingerichteten Arbeitsgruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten und der Interessenträger der Kosmetikindustrie vorgelegt, die sich auf das Instrument der Leitlinien - also nicht einer EU-Gesetzgebungsinitiative - verständigt haben.

Die Kosmetikproduzenten werden verpflichtet, ihren Kunden auf Anfrage über eventuelle unerwünschte Nebenwirkungen, die ihnen über ihre Produkte gemeldet



werden, umfassende Informationen zu geben. Sie sind außerdem verpflichtet, den Verbrauchern Auskunft über die quantitative und qualitative Zusammensetzung der Kosmetikprodukte zu geben. So müssen die Unternehmen z. B. auf Anfrage darüber Auskunft geben, ob ein verwendeter Inhaltsstoff als "gefährlich" einzustufen ist. Ein Stoff gilt dann als gefährlich, wenn er leicht explosiv, brandfördernd, leicht entzündlich, giftig, gesundheitsschädlich, ätzend oder reizend ist.

Um den Zugang der Öffentlichkeit zu den einschlägigen Produktinformationen zu erleichtern, hat die Kosmetikindustrie ein zentrales, öffentlich zugängliches Verzeichnis der Unternehmen eingerichtet, die in der EU kosmetische Erzeugnisse auf den Markt bringen.

Die Leitlinien sind in englischer Sprache unter folgender Internetadresse abrufbar:  
[http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/html/cosm\\_guidance\\_docs.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/cosmetics/html/cosm_guidance_docs.htm)

Öffentlich zugängliches Verzeichnis der Unternehmen der Kosmetikindustrie siehe unter: <http://www.european-cosmetics.info/site/index.cfm?SID=14075&LG=5>

### **Die CO<sub>2</sub>-Emissionen bei neuen PKW sind weiter gesunken**

Nach dem Jahresbericht der Europäischen Kommission sind die treibhausgasrelevanten CO<sub>2</sub>-Emissionen der in der EU-15 verkauften neuen Personenkraftwagen in den letzten Jahren weiter gesunken. Sie lagen im Durchschnitt des Jahres 2004 um 12,4 % niedriger als 1995. Die Europäische Kommission fordert jedoch weitere Bemühungen, um der freiwilligen Selbstverpflichtung der Autohersteller nachzukommen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen von Personenkraftwagen bis zum Jahr 2008 (europäische Hersteller) und 2009 (japanische und koreanische Produzenten) auf 140g/km zu reduzieren. Dieses würde eine Senkung um rund 25 % bedeuten.

EU-Ziel ist ein Wert von 120g/km bis zum Jahr 2012. Die für Unternehmen und Industrie sowie für Umwelt zuständigen EU-Kommissare Günter Verheugen und Stavros Dimas erwägen notfalls auch rechtliche Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen.

Der Straßenverkehr ist für mehr als ein Fünftel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Europäischen Union verantwortlich, wobei mehr als die Hälfte dieser Emissionen auf Personenkraftwagen entfällt. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus dem Straßenverkehr sind seit 1990 um 22 % gestiegen, insbesondere wegen der zunehmenden Zahl der Personenkraftwagen und des Anstiegs der jährlich zurückgelegten Kilometer.

Derzeit überprüft die Europäische Kommission ihre auch auf Verbraucherinformation über den Kraftstoffverbrauch und steuerliche Fördermaßnahmen gestützte Strategie unter Einbeziehung der Bereiche Fahrzeugtechnologie, Kraftstoffe, Infrastruktur und Fahrverhalten. Nach Abschluss ihrer derzeit laufenden Online-Konsultation zu den Themen Kraftstoffeinsparung und CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung will sie dem Europäischen Parlament und dem Rat das Ergebnis der Überprüfung noch in der zweiten Jahreshälfte 2006 vorlegen.

Zusätzliche Informationen hierzu mit weiteren Links sind in englischer Sprache unter folgender Internetadresse abrufbar:

[http://europa.eu.int/comm/environment/co2/co2\\_home.htm](http://europa.eu.int/comm/environment/co2/co2_home.htm)

## Kampagne zum Klimaschutz

Die Europäische Kommission hat ihre Sensibilisierungskampagne vom Mai dieses Jahres „Du kontrollierst den Klimawandel“ zum Start des neuen Schuljahres auf Schulen ausgeweitet. Ziel der Kampagne „Runterdrehen. Ausschalten. Recyceln. Zu Fuß gehen“ ist es, ein stärkeres Bewusstsein für ein klimaschutzgerechtes Handeln zu entwickeln. 50 Hinweise sollen Verhaltensweisen mit negativen Auswirkungen auf den Klimawandel vermeiden helfen. Dazu gehören die Absenkung der Heizungstemperatur zu Hause, Vermeidung von Standby-Betrieb von elektronischen Geräten, mehr Recycling und häufigeres Zu-Fuß-Gehen. Die Schüler werden auch eingeladen, eine Selbstverpflichtungserklärung zur Bekämpfung des Klimawandels abzugeben. Informations- und Kommunikationsmaterialien zum Thema Klimawandel werden Lehrern und Schülern europaweit zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig werden Schüler aufgefordert, selbst einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Ein europäischer Taschenkalender zum Thema Klimawandel gibt Schülern nützliche Hinweise und Informationen an die Hand. Zusätzlich können die Schüler durch Einträge in ein „Emissionstagebuch“ ihren persönlich verursachten Emissionsausstoß pro Tag messen und verändern. Die Kampagne wird durch TV-Spots und Zeitungsanzeigen unterstützt.

Die Kampagne ist unter folgender Internetadresse zu finden:

<http://www.climatechange.eu.com>

## Bildung und Jugend

### Der Europäische Qualifikationsrahmen

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (EQR) angenommen. Der EQR ist ein System gemeinsamer Definitionen, mit dem sich die Qualifikationen der verschiedenen Aus- und Weiterbildungssysteme innerhalb der EU beschreiben lassen. Mit seiner Hilfe können Mitgliedstaaten Arbeitgeber/innen und Bürger/innen unterschiedliche Qualifikationen miteinander vergleichen.

Ján Figel, EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit, erklärte: „Der EQR erläutert die unterschiedlichen nationalen Qualifikationen in Europa und fördert damit den Zugang zu Aus- und Weiterbildung. Mit der Verabschiedung des EQR wird die Mobilität zu (Aus)bildungs- und Arbeitszwecken steigen.“

Der Vorschlag ist eines von mehreren konkreten Ergebnissen des Arbeitsprogramms „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“, das im Anschluss an den Europäischen

Rat von Lissabon (2000) erstellt wurde. Darüber hinaus ist er die Antwort auf eine ausdrückliche Forderung der Frühjahrstagungen des Europäischen Rates von 2005 und 2006. Er wurde nach einer umfassenden Konsultation mit den Mitgliedstaaten, den Sozialpartnern und anderen Betroffenen ausgearbeitet.

Den Kern des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) bildet ein Satz von acht Referenzniveaus, mit denen „Lernergebnisse“ beschrieben werden – d. h., was eine Lernende bzw. ein Lernender weiß, versteht und in der Lage ist zu tun – unabhängig davon, in welchem System eine bestimmte Qualifikation erworben wurde. Die EQR-Referenzniveaus sind also eine Abkehr vom traditionellen Ansatz, bei dem der Lerninput im Vordergrund steht (Dauer einer Lernerfahrung, Art der Einrichtung). Der neue Ansatz macht es leichter,

- die Anforderungen am Arbeitsmarkt (Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen) und das Aus- und Weiterbildungsangebot aufeinander abzustimmen,
- nicht formales und informelles Lernen zu bewerten
- und Qualifikationen über unterschiedliche Mitgliedstaaten sowie über Aus- und Weiterbildungssysteme hinweg zu übertragen und zu nutzen.

Da der EQR ein Instrument zur Förderung des lebenslangen Lernens ist, umfasst er allgemeine Bildung und Erwachsenenbildung genauso wie berufliche Aus- und Weiterbildung sowie höhere Bildung. Die acht Niveaus decken sämtliche Qualifikationen ab, vom allgemeinen und beruflichen Pflichtschulabschluss bis zu Qualifikationen, die auf der höchsten Stufe akademischer oder beruflicher Aus- und Weiterbildung verliehen werden.

Der EQR soll dazu beitragen, die europäischen Aus- und Weiterbildungssysteme für eine breite Öffentlichkeit transparenter und zugänglicher zu machen.

Der EQR-Vorschlag wird nun vom Rat und Europäischem Parlament geprüft. Mit seiner Annahme wird bis Ende 2007 gerechnet.

Weitere Informationen: [http://ec.europa.eu/education/policies/educ/eqf/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/education/policies/educ/eqf/index_en.html)

## **Jugend-Kreativ-Wettbewerb**

Im Rahmen des Projektes „Fokus Europa“ ruft die Verwaltungspartnerschaft des Informations- und Presseamts der Bundesregierung, des Auswärtigen Amtes, der Vertretung der Europäischen Kommission und des Informationsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland zu einem Jugend-Kreativ-Wettbewerb auf.

In unterschiedlichen Formaten, z. B. als Text- oder Audiodatei, als Powerpoint-Präsentation oder als Podcast können folgende zur Auswahl stehenden Fokusthemen umgesetzt werden:

- Europäische Identität (Was ist „europäisch“?)
- Demokratisches Europa (Wie kann Demokratie in ganz Europa funktionieren?)
- Wirtschaftliche und soziale Entwicklung (Wie sollte sich die Wirtschaft entwickeln und wie könnte das Sozialmodell der Zukunft aussehen?)
- Umwelt (Welcher Lebensstil ermöglicht eine umweltverträgliche Entwicklung?)

- Globalisierung (Welche Rolle kommt Europa in einer sich verändernden Welt zu?)
- Europabilder (Europa für die Sinne: Bilder, Poesie und Musik)

Teilnehmer sollten mindestens vier Personen sein, die in einem Team arbeiten. Mit der Klasse, einem Verein, einer spontanen „Projektgruppe“ oder mit Freunden soll eine kreative Idee zur Zukunft Europas entwickelt werden.

Zu dem Zukunftskongress, der vom 19. bis 23. November 2006 in Berlin stattfindet, werden die Gewinner mit 120 weiteren Jugendlichen aus ganz Europa eingeladen und haben die Möglichkeit, ihre Produktion am letzten Tag des Kongresses der Öffentlichkeit vorzustellen.

Mitmachen kann jeder, der zwischen 16 und 22 Jahre alt ist und aus Deutschland oder einem anderen EU-Mitgliedstaat kommt. Frist zur Einreichung der Projekte ist der 20. Oktober 2006.

Weitere Informationen sind erhältlich bei Sascha Meinert, Institut für prospektive Analysen e.V., Schönhauser Allee 149, 10435 Berlin,  
Email: [meinert@ipa-netzwerk.de](mailto:meinert@ipa-netzwerk.de) und unter: <http://www.fokus-europa.eu/>

## **Arbeit und Soziales**

### **Beratung des EU-Aktionsprogramms DAPHNE III 2007 – 2013 im EP**

Das Europäische Parlament hat am 05. September 2006 in Straßburg mit großer Mehrheit dem neuen EU-Programm zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen und zum Schutz von Opfern und gefährdeten Gruppen (Daphne III) zugestimmt. Damit liegt dieses EU-Programm zur Förderung von Projekten zur Prävention von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen bereits in der dritten Generation und für die neue Haushaltsperiode der Union von 2007 – 2013 vor.

Das EP verabschiedete einen Änderungsantrag, der ein Budget von 125 Millionen € für den Zeitraum 2007 - 2013 vorsieht und damit über den ursprünglichen Vorschlag der Europäischen Kommission von knapp 117 Mio. hinausgeht. Ursprünglich hatte die Europäische Kommission ein gemeinsames Programm zur Bekämpfung von Gewalt sowie Drogenprävention und -aufklärung vorgeschlagen. Das Parlament setzte sich dagegen für zwei getrennte spezifische Programme ein, da die Probleme der Gewaltbekämpfung und die Probleme der Drogenprävention unterschiedliche Konzepte erforderten. Die Europäische Kommission hat die Aufteilung in zwei Programme inzwischen akzeptiert.

In der Debatte im Plenum des Europäischen Parlaments hob die Berichterstatterin, die deutsche SPD-Abgeordnete Lissy Görner, hervor, dass mit dem Programm zwei sehr klare Signale ausgesendet werden: Europa wird dem Kampf gegen Gewalt mehr Gewicht beimessen, die beiden Problembereiche Gewalt in Familien und Drogenprävention nicht vermischen und eine Anerkennung und Unterstützung der wert-

vollen Arbeit der Frauenorganisationen, zahlreicher Selbsthilfe- und Menschenrechtsorganisationen, Jugendverbände und ihrer Netzwerke vor Ort demonstrieren.

Mit dem neuen EU-Programm DAPHNE III sollen u. a. die nachstehend aufgeführten spezifischen Ziele verfolgt werden:

- Unterstützung und Förderung von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Organisationen etc., die sich für den Schutz vor Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen und die Verhütung von Gewalt engagieren und Opfern Hilfe gewähren, sowohl auf nationaler und europäischer Ebene als auch in Drittländern;
- Bereitstellung eines „Helpdesk“-Dienstes für NRO und andere Organisationen, um ihnen zu helfen, ihre Projekte auszuarbeiten und Verbindung zu anderen Partnern aufzunehmen;
- Entwicklung und Durchführung von Sensibilisierungsmaßnahmen für bestimmte Personengruppen wie bestimmte Berufe, spezifische Bevölkerungsgruppen und Gewalttäter;
- Förderung des „Europäischen Jahres gegen Gewalt gegen Frauen“ und Unterstützung der mit dieser Veranstaltung verbundenen Aktivitäten;
- Maßnahmen, die ausgerichtet sind auf Frauen, die Gemeinschaften mit kulturellen Besonderheiten oder nationalen Minderheitengruppen angehören, sowie auf die spezifischen Formen der Gewalt gegen diese Frauen;
- Ausarbeitung einer Studie zu den Ursachen und zur derzeitigen Situation des Frauen- und Kinderhandels mit dem Ziel der sexuellen Ausbeutung sowie Durchführung wirksamer Kampagnen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für diese Problematik;
- Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen bei Migrantinnen als besonderer Förderungsschwerpunkt.

Das EP fordert darüber hinaus die Einrichtung eines europaweiten Kindersorgentelefon mit einer einheitlichen, gebührenfreien Nummer für Kinder. Derartige Kindersorgentelefone seien notwendig für Kinder, die Gewalt erfahren, da sie einen leichten und schnellen Zugang zu direkten Hilfeleistungen sein könnten.

Von einer Verabschiedung des Programms noch im Laufe dieses Jahres kann ausgegangen werden.

Der vom Parlament angenommene Text ist im Internet zu finden unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?Type=TA&Reference=P6-TA-2006-0333&language=DE>

## **Dienstleistungsrichtlinie**

Der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments hat am 04. September 2006 einen ersten Meinungsaustausch zum weiteren Vorgehen bezüglich der Dienstleistungsrichtlinie durchgeführt. Das EP hatte Anfang Februar dieses Jahres wesentliche Änderungen gefordert, u. a. erleichterte Zugangsbedingungen für Dienstlei-

stungserbringer aus anderen EU-Ländern, entsprechende Kontrollen durch die Zielländer, einen im Vergleich zum ursprünglichen Kommissionsvorschlag eingeschränkten Anwendungsbereich und einen Vorrang für sektorale Richtlinien. Die Europäische Kommission legte daraufhin Anfang April einen geänderten Vorschlag vor, der die wesentlichen Punkte (KOM (2006) 424 endgültig) berücksichtigte. Der Rat erzielte Ende Juli 2006 dazu eine politische Einigung. Mit der erneuten Befassung des EP beginnt jetzt die zweite Lesung des Rechtstextes, der im Mitentscheidungsverfahren – also in einem gemeinsamen Beschluss von Parlament und Rat – erlassen wird.

Kernelemente der aktuellen Debatte sind die Regelungen zur grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung, die Ausnahmen vom Anwendungsbereich und die Berichtspflichten. Das ursprünglich von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Herkunftslandprinzip ist durch eine Freiheit zur grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung ersetzt worden, von der nur in Ausnahmefällen (öffentliche Ordnung, Sicherheit, Umweltschutz und öffentliche Gesundheit) abgewichen werden kann. Dabei soll die Richtlinie allerdings z. B. nicht für Dienstleistungen von allgemeinem nichtwirtschaftlichem Interesse, Sozial- und Gesundheitsdienste, Glücksspiele oder audiovisuelle Dienste gelten. Insbesondere auf Wunsch der neuen Mitgliedstaaten sind regelmäßig Berichtspflichten der EU-Länder zur Umsetzung der Richtlinie vorgesehen.

In der Ausschusssitzung sprachen sich jetzt sowohl die Parlamentarier als auch die Europäische Kommission und die Präsidentschaft für eine schnelle weitere Behandlung und Verabschiedung aus. Das Parlament hofft auf eine Abstimmung in zweiter Lesung im November und der Rat beabsichtigt, das gesamte Dossier noch vor Ende dieses Jahres verabschieden zu können. Die Berichterstatterin des Parlaments, die deutsche Sozialdemokratin Evelyne Gebhardt, lobte, dass der Rat die weitaus meisten Änderungen des Parlaments übernommen hat. Die wesentlichen Kompromisspunkte dürften nicht mehr angetastet werden.

Umfassende Informationen zur Dienstleistungsrichtlinie sind auf folgender Internetseite der Generaldirektion Binnenmarkt abrufbar:

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/services/services-dir/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/services/services-dir/index_de.htm)

## Institutionen

### 65. Plenartagung des Ausschusses der Regionen

Am 14./15. Juni 2006 fand in Brüssel die 65. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) statt. Die anwesenden AdR-Mitglieder verabschiedeten zehn Stellungnahmen u. a. zu Rechtsetzungsakten aus den Bereichen Umwelt-, Bildungs- und Industriepolitik.

Dabei wurde dem Stellungnahmeentwurf zum Richtlinienvorschlag über die Förderung sauberer Straßenfahrzeuge besondere Aufmerksamkeit zuteil, denn er löste eine ausführliche und kontroverse Diskussion aus, an der sich auch deutsche AdR-

Mitglieder beteiligten. Da die im Richtlinienentwurf vorgeschlagenen Maßnahmen vor allem zu einer finanziellen Mehrbelastung der Haushalte der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften führen würden, die Reduzierung der Schadstoffemissionen im Straßenverkehr hingegen aber voraussichtlich nur marginal ausfiele, seien die Maßnahmen nicht verhältnismäßig, so die deutschen AdR-Mitglieder. Sie sprachen sich deshalb im Sinne des Bundesratsbeschlusses 11/06 dafür aus, die Vorschläge der Richtlinie lediglich als Empfehlungen an die öffentliche Hand in den EU-Mitgliedstaaten, nicht jedoch als Verpflichtung zu formulieren, wie in dem Richtlinienvorschlag vorgesehen. Ein entsprechender Änderungsantrag wurde vom Plenum gegen das Votum der Berichterstatterin Ewa-May Karlsson (SE/ALDE) angenommen; die Stellungnahme wurde abschließend mehrheitlich verabschiedet.

Bei Interesse können neben dieser auch alle anderen auf der 65. Plenartagung beschlossenen Stellungnahmen per E-Mail unter: [Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de](mailto:Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de) oder [ripke@bremen.be](mailto:ripke@bremen.be) angefordert werden.

## OPEN DAYS 2006

Seit drei Jahren veranstaltet die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen (AdR) in Kooperation mit den Regionalvertretungen in Brüssel die Veranstaltungsreihe OPEN DAYS. Diese findet grundsätzlich parallel zu den Plenartagungen von AdR und Europäischem Parlament (EP) im Oktober eines Jahres statt - in diesem, Jahr während der Woche vom 9. bis 14. Oktober. Thema der diesjährigen OPEN DAYS wird "Investing in Europe's Regions and Cities: Public and Private Partners for Growth and Jobs" sein. Insgesamt werden 111 Seminare in angeboten, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der Regionalpolitik beschäftigen. Seit dem 11. Juli 2006 ist das offizielle Veranstaltungsprogramm der OPEN DAYS 2006 im Internet verfügbar. Dort kann man sich auch auf elektronischem Wege zu den einzelnen Veranstaltungen anmelden.

Die Freie Hansestadt Bremen hat sich gemeinsam mit dem Land Niedersachsen, den polnischen Regionen Lubelskie, Niederschlesien, Wielkopolska, den Nord-Niederländischen und den Ost-Niederländischen Provinzen, Flevoland sowie den Regionen Haute-Normandie und Yorkshire & Humber erfolgreich um die Teilnahme an den OPEN DAYS 2006 beworben. In diesem Rahmen bietet nun die Vertretung der Freien Hansestadt Bremen bei der EU gemeinsam mit den Vertretungen der o. g. Regionen einen Workshop mit dem Titel „Improving the Economic Vitality and Attractiveness of Regions“ an, an dem sich der Senator für Finanzen mit einem Beitrag zum Thema „eGovernment“ beteiligen wird. Ein weiterer Workshop beschäftigt sich mit dem Thema „Competitiveness and Sustainability on a Regional Level“.

Darüber hinaus wird die Europäische Kommission einen Workshop zum Thema „Sustainable Energies“ organisieren, auf dem die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) das transnationale EU-Projekt POWER (Pushing Offshore Wind Energy Regions) präsentieren wird.

Zugang zu ausführlichen Informationen über das Programm der Open Days 2006 sowie zur Anmeldeseite finden sich im Internet unter:

[http://ec.europa.eu/regional\\_policy/conferences/od2006/sources\\_brochures.cfm?menu=9](http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2006/sources_brochures.cfm?menu=9)

## Der Europäische Bürgerbeauftragte - wie kann er helfen?

Der Europäische Bürgerbeauftragte untersucht Beschwerden über Missstände in den Organen und Institutionen der Europäischen Union. Alle Bürger und Einwohner eines EU-Staates können sich bei diesem beschweren. Unternehmen, Verbände, Nichtregierungs-Organisationen, Interessengruppen usw., die registriert sind, können sich ebenfalls an ihn wenden, wenn sie Probleme mit EU-Behörden haben. Die meisten Beschwerden betreffen den Mangel an Transparenz, ungerechte Behandlung, Machtmissbrauch, Verfahrensfehler und vermeidbare Verzögerungen (z. B. bei Zahlungen). Die Beschwerden richten sich in erster Linie gegen die Europäische Kommission, gefolgt vom Europäischen Amt für Personalauswahl, dem Europäischen Parlament und dem Rat.

Überraschend ist die relativ geringe Zahl von Beschwerden aus Deutschland. Im vergangenen Jahr gingen nur 410 deutsche Beschwerden ein. Und das, obwohl Deutschland das bevölkerungsreichste EU-Mitgliedsland ist und darüber hinaus einen großen Anteil an Unternehmen beheimatet, die sich an EU-Projekten beteiligen.

Der Europäische Bürgerbeauftragte bietet Betroffenen schnelle, flexible und kostenlose Dienste. Manchmal reicht ein Anruf bei der betroffenen EU-Institution, um ein Problem zu lösen. Ein anderer Vorteil des Ombudsmannes ist die Möglichkeit, einvernehmliche Lösungen vorzuschlagen, die beide Seiten zufrieden stellen können. Hier sind einige aktuelle Beispiele:

- Die Europäische Kommission leistete eine verspätete Zahlung an einen deutschen Wissenschaftsjournalisten, erklärte die Gründe für die Verspätung und stimmte der Zahlung von Zinsen zu. Die Europäische Kommission hat inzwischen bestätigt, dass sie Maßnahmen zur schnelleren Bezahlung von Experten ergriffen hat. Der Beschwerdeführer erklärte, dass er für seinen letzten Vertrag innerhalb von 30 Tagen bezahlt wurde.
- Der Bürgerbeauftragte kritisierte den Rat für sein Verhalten im Falle einer Anfrage nach Zugang zu öffentlichen Dokumenten. Eine Untersuchung des Ombudsmannes ergab, dass es mehr Dokumente gab, als der Rat zunächst eingeräumt hatte. Der Beschwerdeführer erhielt Zugang zu den zusätzlichen Dokumenten.
- Die Europäische Kommission stimmte nach dem Einschreiten des Bürgerbeauftragten einer Entschädigungszahlung von 56.000 € an einen französischen Beschwerdeführer zu. Die Europäische Kommission hatte ihre finanzielle Zusage für ein Projekt des Beschwerdeführers vier Wochen vor Ausführung des Projekts gestrichen.

Der Europäische Bürgerbeauftragte kann jedoch keine Beschwerden gegen nationale oder regionale Behörden in den EU-Mitgliedstaaten untersuchen, auch wenn die Beschwerden mit EU-Angelegenheiten zu tun haben.



Beschwerden können in allen Amtssprachen der EU eingereicht werden, per Post, Fax oder e-Mail. Viele Fälle können schnell und unbürokratisch gelöst werden, nur besonders schwierige Untersuchungen dauern in seltenen Fällen länger als ein Jahr.

Ein Beschwerdeformular und andere Informationen befinden sich auf der Website des Bürgerbeauftragten unter:

<http://www.ombudsman.europa.eu>

### Neuer Internetauftritt der Europäischen Institutionen

Seit dem 07. April 2006 steht die neue Internetdomäne „eu“, für deren Einführung die Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, Viviane Reding, zuständig war, allen in der EU wohnenden Personen offen. Als einziger Internet-„Markenname“ und einziger Online-Zugang zu allen EU-Organen und -Einrichtungen soll nunmehr „europa.eu“ verwendet werden. Alle Organe und Einrichtungen der EU stellen ihre Adressen auf „europa.eu“ um.

Die gegenwärtig noch in Gebrauch befindlichen „eu.int“-Adressen der Institutionen sind während einer Übergangsfrist von mindestens einem Jahr weiterhin gültig.

Neue Adressen der Organe, Einrichtungen und sonstigen Stellen als Subdomänen innerhalb der Top-Level-Domain „eu“ hier im Überblick:

Gegenüberstellung von alten und neuen URL	
<b>Alte URL</b>	<b>Neue URL</b>
Alle Institutionen <a href="http://europa.eu.int">http://europa.eu.int</a>	<a href="http://europa.eu">http://europa.eu</a>
<b>Parlament</b> <a href="http://europarl.eu.int">http://europarl.eu.int</a>	<a href="http://europarl.europa.eu">http://europarl.europa.eu</a>
<b>Rat</b> <a href="http://consilium.eu.int">http://consilium.eu.int</a>	<a href="http://consilium.europa.eu">http://consilium.europa.eu</a>
<b>Kommission</b> <a href="http://europa.eu.int/comm/">http://europa.eu.int/comm/</a>	<a href="http://ec.europa.eu">http://ec.europa.eu</a>
<b>Gerichtshof</b> <a href="http://curia.eu.int">http://curia.eu.int</a>	<a href="http://curia.europa.eu">http://curia.europa.eu</a>
<b>Rechnungshof</b> <a href="http://eca.eu.int/">http://eca.eu.int/</a>	<a href="http://eca.europa.eu">http://eca.europa.eu</a>
<b>Bürgerbeauftragter</b> <a href="http://euro-ombudsman.eu.int">http://euro-ombudsman.eu.int</a>	<a href="http://ombudsman.europa.eu">http://ombudsman.europa.eu</a>
<b>Datenschutzbeauftragter</b> <a href="http://edps.eu.int/">http://edps.eu.int/</a>	<a href="http://edps.europa.eu">http://edps.europa.eu</a>
<b>Wirtschafts- und Sozialausschuss</b> <a href="http://esc.eu.int">http://esc.eu.int</a> <a href="http://ces.eu.int">http://ces.eu.int</a>	<a href="http://eesc.europa.eu">http://eesc.europa.eu</a> <a href="http://cese.europa.eu">http://cese.europa.eu</a>
<b>Ausschuss der Regionen</b> <a href="http://cor.eu.int/">http://cor.eu.int/</a> <a href="http://www.cor.eu.int/fr/index.htm">http://www.cor.eu.int/fr/index.htm</a>	<a href="http://cor.europa.eu">http://cor.europa.eu</a> <a href="http://cdr.europa.eu">http://cdr.europa.eu</a>
<b>Europäische Investitionsbank</b>	<a href="http://bei.europa.eu">http://bei.europa.eu</a>

<a href="http://bei.eu.int/">http://bei.eu.int/</a> <a href="http://eib.eu.int">http://eib.eu.int</a>	<a href="http://eib.europa.eu">http://eib.europa.eu</a>
<b>Europäischer Investitionsfonds</b> <a href="http://fei.eu.int/">http://fei.eu.int/</a> <a href="http://eif.eu.int">http://eif.eu.int</a>	<a href="http://fei.europa.eu">http://fei.europa.eu</a> <a href="http://eif.europa.eu">http://eif.europa.eu</a>
<b>Europäische Umweltagentur</b> <a href="http://eea.eu.int/">http://eea.eu.int/</a> <b>Europäisches Umweltinformations- und Umweltbeobachtungsnetz</b> <a href="http://eionet.eu.int/">http://eionet.eu.int/</a>	<a href="http://eea.europa.eu">http://eea.europa.eu</a> <a href="http://eionet.europa.eu">http://eionet.europa.eu</a>
<b>Europäische Agentur für Wiederaufbau (Kosovo)</b> <a href="http://ear.eu.int">http://ear.eu.int</a>	<a href="http://ear.europa.eu">http://ear.europa.eu</a>
<b>Europäische Arzneimittel-Agentur</b> <a href="http://emea.eu.int">http://emea.eu.int</a>	<a href="http://emea.europa.eu">http://emea.europa.eu</a>
<b>Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz</b> <a href="http://osha.eu.in">http://osha.eu.in</a>	<a href="http://osha.europa.eu">http://osha.europa.eu</a>
<b>Europäische Agentur für Flugsicherheit</b> <a href="http://easa.eu.int">http://easa.eu.int</a>	<a href="http://easa.europa.eu">http://easa.europa.eu</a>
<b>Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs</b> <a href="http://emsa.eu.int/">http://emsa.eu.int/</a>	<a href="http://emsa.europa.eu">http://emsa.europa.eu</a>
<b>Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit</b> <a href="http://efsa.eu.int/">http://efsa.eu.int/</a>	<a href="http://efsa.europa.eu">http://efsa.europa.eu</a>
<b>Übersetzungszentrum für die Einrichtungen der Europäischen Union</b> <a href="http://cdt.eu.int/">http://cdt.eu.int/</a>	<a href="http://cdt.europa.eu">http://cdt.europa.eu</a>
<b>Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung</b> <a href="http://cedefop.eu.int">http://cedefop.eu.int</a>	<a href="http://cedefop.europa.eu">http://cedefop.europa.eu</a>
<b>Satellitenzentrum der Europäischen Union</b> <a href="http://eusc.org/">http://eusc.org/</a>	<a href="http://eusc.europa.eu">http://eusc.europa.eu</a>
<b>Europäische Stiftung für Berufsbildung</b> <a href="http://etf.eu.int/">http://etf.eu.int/</a>	<a href="http://etf.europa.eu">http://etf.europa.eu</a>
<b>Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen</b> <a href="http://eurofound.eu.int">http://eurofound.eu.int</a>	<a href="http://eurofound.europa.eu">http://eurofound.europa.eu</a>
<b>Institut der Europäischen Union für Sicherheitsstudien</b> <a href="http://iss-eu.org/">http://iss-eu.org/</a>	<a href="http://iss.europa.eu">http://iss.europa.eu</a>
<b>Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht</b> <a href="http://emcdda.eu.int/">http://emcdda.eu.int/</a>	<a href="http://emcdda.europa.eu">http://emcdda.europa.eu</a>
Gemeinschaftliches Sortenamt <a href="http://cpvo.eu.int">http://cpvo.eu.int</a>	<a href="http://cpvo.europa.eu">http://cpvo.europa.eu</a>
<b>Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt</b> <a href="http://ohmi.eu.int/">http://ohmi.eu.int/</a> <a href="http://oami.eu.int/">http://oami.eu.int/</a>	<a href="http://oami.europa.eu">http://oami.europa.eu</a>
<b>Europäisches Polizeiamt</b>	<a href="http://europol.europa.eu">http://europol.europa.eu</a>

<a href="http://europol.eu.int/">http://europol.eu.int/</a>	
<b>Stelle zur justiziellen Zusammenarbeit der Europäischen Union</b> <a href="http://eurojust.eu.int">http://eurojust.eu.int</a>	<a href="http://eurojust.europa.eu">http://eurojust.europa.eu</a>
<b>Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit</b> <a href="http://enisa.eu.int/">http://enisa.eu.int/</a>	<a href="http://enisa.europa.eu">http://enisa.europa.eu</a>
<b>Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten</b> <a href="http://ecdc.eu.int">http://ecdc.eu.int</a>	<a href="http://ecdc.europa.eu">http://ecdc.europa.eu</a> or <a href="http://ecdpc.europa.eu">http://ecdpc.europa.eu</a>
<b>Europäische Verteidigungsagentur</b> <a href="http://eda.eu.int/">http://eda.eu.int/</a>	<a href="http://eda.europa.eu">http://eda.europa.eu</a>
<b>Amt für Veröffentlichungen</b> <a href="http://publications.eu.int">http://publications.eu.int</a>	<a href="http://publications.europa.eu">http://publications.europa.eu</a>
<b>Europäisches Amt für Personalauswahl</b> <a href="http://europa.eu.int/epso">http://europa.eu.int/epso</a>	<a href="http://epso.europa.eu">http://epso.europa.eu</a>
<b>Konferenz der Ausschüsse für Gemeinschafts- und Europa-Angelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union</b> <a href="http://cosac.org">http://cosac.org</a>	<a href="http://cosac.europa.eu">http://cosac.europa.eu</a>
<b>Europäische Eisenbahnagentur</b>	<a href="http://era.europa.eu">http://era.europa.eu</a>
<b>Europäische Chemikalienagentur</b>	<a href="http://echa.europa.eu">http://echa.europa.eu</a>
<b>Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen (FRONTEX)</b>	<a href="http://frontex.europa.eu">http://frontex.europa.eu</a>

## Bremen und Europa

### Das „Model European Parliament“

In der Zeit vom 05. bis 11. November 2006 wird in Bremen das „Model European Parliament – Baltic Sea Region“, ein internationales Treffen zwischen Schülern vieler Nationen stattfinden. Das „Model European Parliament“ (MEP) ist eine Simulation des Europäischen Parlaments, die sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene durchgeführt wird. Dieses Jahr werden rund 120 Schüler aus 12 verschiedenen europäischen Nationen in Bremen zu Gast sein und eine Woche lang als Delegierte die Interessen ihres Landes in fünf Ausschüssen vertreten. Der Themenbereich der Ausschüsse erstreckt sich von Außen- und Wirtschaftspolitik über Umweltpolitik und verfassungsrelevante Fragen bis hin zu Gesundheitspolitik, Freiheitsrechten und Innenpolitik.

Die Probleme und Fragen, denen sich die Jugendlichen dieses Jahr stellen sollen, sind:

1. Welche Position soll die EU im weiteren Verlauf des Nah-Ost-Konflikts beziehen?
2. Wie kann die EU eine dauerhafte Energie-Versorgung aller Mitgliedsstaaten gewährleisten?

3. Wie und in welcher Weise lässt sich eine einheitliche, EU-weite Gesundheitspolitik zur Eindämmung von Infektionen und Seuchen realisieren?
4. Wie sieht die Zukunft der europäischen Verfassung aus? Lassen sich die aufgetretenen Probleme überwinden?
5. Wie lässt sich die Integration von Ausländern vorantreiben, und wie kann man rassistischen Übergriffen vorbeugen?

Ziel der einzelnen Ausschüsse ist es, eine Resolution zu verfassen und diese in einer Vollversammlung allen Delegierten vorzustellen und zu verteidigen.

Die Resolutionen jedes Ausschusses enthalten Vorschläge und Lösungen zu dem jeweiligen Thema und können von anderen Delegierten angefochten werden.

Das MEP ist ein kulturelles und soziales Ereignis, das den Teilnehmern die Möglichkeit bieten soll, die Vielfalt der baltischen Staaten kennen zu lernen und an sozialen Aktivitäten, wie dem Teambuilding oder Sightseeing mit ihren Gastfamilien, teilzunehmen.

Die „Model European Parliament“ (MEP) Simulation wurde 1994 von der EU gegründet, um Jugendlichen den Europäischen Gedanken näher zu bringen. Ziel des MEP ist es, sowohl das Verständnis für Europäische Integration und wichtige europäische Themen als auch das Wissen über EU-Institutionen bei den Jugendlichen zu fördern. Das Programm entwickelt ein europäisches Bewusstsein und Verständnis der europäischen Vielfalt. Das MEP hat sich erfolgreich auf regionaler Basis in verschiedenen Ländern, u. a. in Deutschland, etabliert. Schweden, Finnland und Dänemark nehmen seit 1994 am „Model European Parliament“ teil. Unter der Schirmherrschaft des gesamteuropäischen MEPs in den Niederlanden wird seit 2004 ein spezielles Programm in den baltischen Staaten angeboten.

Für weitere Informationen besuchen Sie gerne unsere Website unter <http://www.mep-bremen.de/>

Christa Bauerschmidt (verantw. Lehrerin HBG):  
Tel.: 0421 373545; 0179 4667799  
christa.bauerschmidt@gmail.de

## Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind. Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Karin Niehaus-Schütt  
Die Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen  
beim Bund und für Europa  
Ansgaritorstr. 22  
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-140 79  
Fax: +49 421 496-96877  
E-Mail: Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de  
Internet: www.europa-bremen.de/news

**Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.**

## Europaabteilung

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Europaabteilung in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
<b>Christian Bruns</b> Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der EU-Abteilung	+32 2 230-2765	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>
<b>Michael Freericks</b> stv. Leiter, Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	<a href="mailto:Freericks@Bremen.be">Freericks@Bremen.be</a>
<b>Hélène Tabourot</b> , Brüssel Sekretariat u. Verwaltung <b>Claudia C. Arndt</b> , Bremen Sekretariat u. Verwaltung	+32 2 230-2765  +49 421 361-4238	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>  <a href="mailto:Claudia-Carola.Arndt@europa.bremen.de">Claudia-Carola.Arndt@europa.bremen.de</a>
<b>Marta Giammarìo</b> Projektassistenz	+32 2 282-0075	<a href="mailto:Giammarìo@bremen.be">Giammarìo@bremen.be</a>
<b>Kai Jessen</b> Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	<a href="mailto:Jessen@Bremen.be">Jessen@Bremen.be</a>
<b>Oliver Steck</b> Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	<a href="mailto:Steck@Bremen.be">Steck@Bremen.be</a>
<b>Renate Lürssen</b> Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	<a href="mailto:Luerssen@Bremen.be">Luerssen@Bremen.be</a>
<b>Dr. Martina Hildebrandt</b> Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	<a href="mailto:Hildebrandt@Bremen.be">Hildebrandt@Bremen.be</a>
<b>Constanze Ripke</b> Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung <b>Karin Niehaus-Schütt</b> AdR, EU-INFORMATIONEN, Dante-Dienst	+32 2 282-0076  +49 421361-14079	<a href="mailto:Ripke@Bremen.be">Ripke@Bremen.be</a>  <a href="mailto:Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de">Karin.Niehaus-Schuett@europa.bremen.de</a>
<b>Heide-Lore Swiecikowski</b> , Europarecht, Öffentlichkeitsarbeit in HB, Website-Adm.	+49 421 361-15682	<a href="mailto:Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de">Heide.Swiecikowski@europa.bremen.de</a>
<b>Hans-Joachim Schröder</b> EMK, Bremische Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref.	+49 421 361-8532	<a href="mailto:Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de">Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de</a>
<b>Elke Kröning</b> Neue Hanse Interregio (NHI), NHI-bezog. interreg. Zusammenarb., Fortb. EU-Angelegenheiten	+49 421-361-10841	<a href="mailto:Elke.Kroening@europa.bremen.de">Elke.Kroening@europa.bremen.de</a>
<b>Horst Seele-Liebetanz</b> Interregionale Zusammenarbeit, Hanse-Passage, EU-Förderinstrumente,	+49 421 361-8995	<a href="mailto:Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de">Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de</a>